

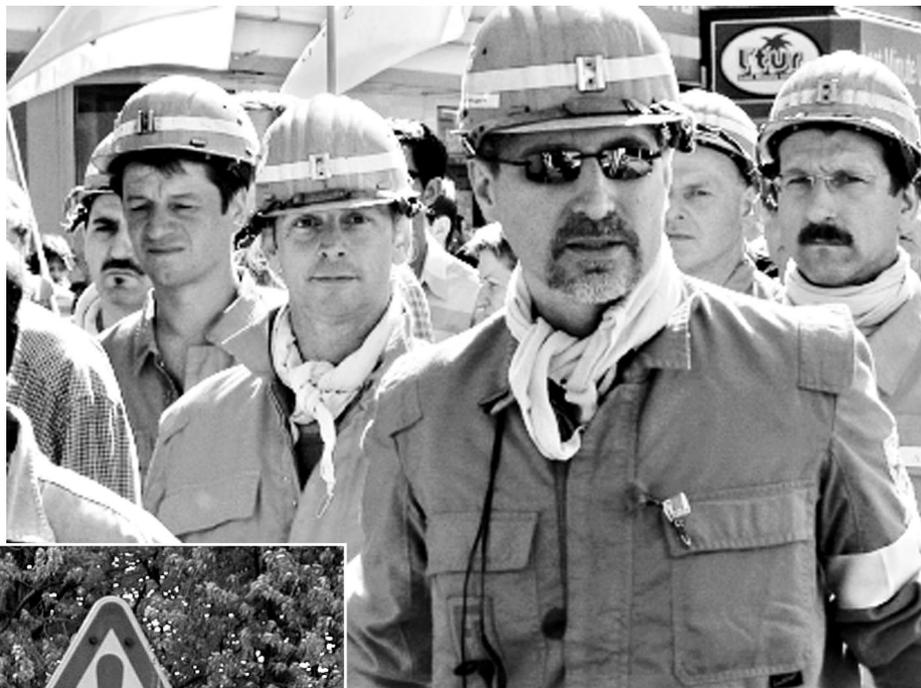
Schweres Beben und drohende Zechenstilllegung im Saarland – Die RAG/DSK in die Verantwortung nehmen!

Am Samstag, den 23. Februar 2008 versetzte ein Erdbeben der Stärke 4 die Menschen im Landkreis Saarlouis im Saarland in Angst und Schrecken. Eine schwere Gaube des Turmes der Kirche in Saarwellingen zerschellte auf dem Vorplatz und nur durch Zufall kam niemand zu Schaden. Wenig später wären die Kommunionkinder betroffen gewesen – undenkbar, was hätte passieren können! An über 250 Häusern wurden bisher Schäden gemeldet. Es steht außer jedem Zweifel, dass dieses bisher schwerste Beben der seit Jahren heimgesuchten Region durch den rücksichtslosen Kohleabbau im Gebiet Primsmulde Süd der Grube Ens Dorf der RAG/DSK verursacht wurde. Die MLPD fordert die sofortige Aufdeckung der Ursachen und Haftung der Verantwortlichen!

Mehrere tausend betroffene Bürger protestierten empört gegen die Fortsetzung des Kohleabbaus in der Primsmulde Süd und zwangen die RAG/DSK zum sofortigen Stopp der Förderung der Grube Ens Dorf. Das war in dieser Situation unbedingt notwendig und richtig.

Die MLPD unterstützt selbstverständlich die Forderung nach Erhalt des Wohnraumes und der sofortigen Reparatur und Entschädigung für alle Schäden. Darüber hinaus fordert sie, dass über die Wiederaufnahme der Kohleförderung erst entschieden wird,

wenn die Ursachen des Bebens restlos aufgeklärt sind und die RAG/DSK nachweislich die künftige Unbeschadetheit und Sicherheit der Menschen gewährleisten kann.



3.500 Kumpel wurden inzwischen von der Arbeit „freigestellt“. Die MLPD ist der Meinung, dass **nur der Weg des gemeinsamen Kampfes von Anwohnern und Kumpeln gegen die umweltzerstörerischen und arbeitsplatzvernichtenden Maßnahmen der**

RAG/DSK aus reiner Profitgier erfolgreich sein kann. Sollte die RAG/DSK nicht in der Lage sein, einen schonenden Abbau zu gewährleisten, dann steht sie selbst in der Verantwortung, für gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für die Kumpel zu sorgen. Für die Zeit der Nichtbeschäftigung müssen die Bergleute die volle Lohnfortzahlung auf Kosten der Profite der DSK erhalten.

Schon jetzt steht fest, dass es einen Zusammenhang damit gibt, dass die RAG/DSK – nicht nur an der Saar – seit Jahren aus reiner Profitgier auf den Versatz der abgebauten Kohlenflöze verzichtet und einen Bruchbau mit schweren Umweltschäden betreibt. Diese Gefahr wurde durch den enorm beschleunigten Abbau, verbunden mit gesteigener Arbeitshetze unter Tage, noch ge-

Fortsetzung von S. 1

steigert, seit die RAG/DSK die Stilllegung des gesamten Bergbaus betreibt und nur noch raus-holen will, was rauszuholen ist. Wenn jetzt die seit langem be-rechtigt protestierenden betrof-fenen Anwohner an der Saar, aber auch an Rhein und Ruhr als „Bergbaueegner“ diffamiert und mit den Arbeiterfeinden in den Bundes- und Landesregierungen gleichgesetzt werden, dann muss dies genauso entschieden zu-rückgewiesen werden, wie wenn Bergleute als Umweltsünder ver-leumdet werden.

Die MLPD unterstützt die An-wohner wie die Kumpel in ihren Forderungen, dass keine Kohle-flöze abgebaut werden dürfen, die zu schweren Schäden in Wohngebieten führen und dass durch geeignete Maßnamen (wie Blasversatz, verringerte Ab-baugeschwindigkeit, kleinere Ab-baufelder) die umweltschädlichen Auswirkungen auf ein Mi-nimum begrenzt werden. Darü-

ber hinaus verurteilt die MLPD den Raubbau an wertvollen Roh-stoffen wie die Kohle und fordert, dass die Lagerstätten zugänglich bleiben müssen, damit sie um-weltverträglich und zum Wohle der Massen genutzt werden kön-nen.

Trotz zahlloser Beben bereits in den letzten Jahren hat die RAG/DSK an den ruinösen Förder-methoden festgehalten und ver-sucht sich selbst dabei als Anwalt der Kumpel auszugeben, dem es angeblich um den Erhalt der Ar-beitsplätze und die Verhinderung von Massenentlassungen ginge. In Wirklichkeit versuchte sie die Anwohner gegen die Kumpel auszuspielen, um so von ihren wahren Zielen abzulenken, für den Börsengang der RAG/Evonik rund 150.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Längst setzen Kon-zerne und Regierung bei der Energieversorgung auf Import-kohle.

Jetzt setzt sie dem noch die Kro-ne auf, indem sie die von ihr selbst verursachten Bergschäden

zum Vorwand für einen schon länger geplanten beschleunigten Zechenkahlschlag und vorgezo-gene Stilllegungen nimmt, worü-ber der Aufsichtsrat am 2. April entscheiden will. Zudem sol-len die Kumpel verschiedener Schachtanlagen in Konkurrenz gebracht werden, indem die Kumpel an der Ruhr sich ange-blich neue Hoffnungen machen könnten, falls die Grube Ens Dorf nicht weiter fördern darf.

Das zeigt doch nur, wie sehr die RAG/DSK in der Klemme steckt. Gerade heute ist die Situation für den gemeinsamen Kampf güns-tig! Die Monopole sind in der De-fensive, die Regierungsparteien erleiden eine Wahlschlappe nach der anderen und das ganze kapi-talistische Profitsystem steht am Pranger. Die kämpferische Oppo-sition erstarkt in Verbindung mit dem wachsenden Linkstrend. Wenn die Kumpel und Anwohner gemeinsam kämpfen, ist ihnen die Solidarität der Bevölkerung gewiss! Was also soll sie davon ab-halten, in die Offensive zu gehen?

Die MLPD – werde Mitglied!

Die MLPD ist die revolutionäre Ar-beiterpartei in Deutschland und fühlt sich ausschließlich den Ar-beiterinteressen verpflichtet. Sie ist eine Partei neuen Typs und hat um-fassende Schlussfolgerungen aus den Erfolgen, aber auch aus den Fehlern der alten kommunistischen Bewegung gezogen. In offener kritisch-selbstkritischer Atmosphäre, über de-mokratische Wahlen, engste praktische Zusammen-arbeit mit ihren Leitungen und vielfältige Kontroll-möglichkeiten bestimmt die Mitgliedschaft den Kurs der Partei. Unsere Betriebsgruppen arbeiten vertraulich und vermitteln das nötige „Know-how“, Kämpfe auszulösen und zu führen.



Eine Partei der Zukunft – da will ich dabei sein

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
- ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement der „Roten Fahne“ (Wochenzeitung)
- ein Abo der „Roten Fahne“ (50 € jährlich)
- informiert werden über

Bitte senden an: Zentralkomitee der MLPD (Adresse siehe unten. Alle Angaben werden vertraulich behandelt.)